



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 15. Dezember 2011

Gesch. Nr. 052/11

10.07 Finanzen

Antrag des Stadtrates an den Grossen Gemeinderat betreffend Genehmigung des Voranschlages 2012 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013/17

[...]

5. GESCHÄFT-NR. 052/11

Genehmigung des Voranschlages 2012 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013/17

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat übermittelt mittels Auszug aus dessen Protokoll vom 6. Oktober 2011 Antrag und Weisung zum Voranschlag 2012.

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2011 über die Aufwendungen und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	100'095'850
	Ertrag	Fr.	100'039'900
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	33'047'000
	Einnahmen	Fr.	4'790'500
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	100'000
	Einnahmen	Fr.	0
2. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2012 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
3. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 55'950 wird dem Eigenkapital entnommen.
4. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.
5. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013/17 wird Kenntnis genommen.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a) den Stadtrat, zweifach,
 - b) die Abteilung Finanzen, dreifach,
 - c) sämtliche Abteilungen der Stadtverwaltung.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

ZUSAMMENFASSUNG

AUSGEGLICHENES BUDGET BEI GLEICHBLEIBENDEM STEUERFUSS

Das Budget 2012 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 55'950 ab. Bei einem unveränderten Steuerfuss von 115 % kann somit ein nahezu ausgeglichenes Budget präsentiert werden.

Im Vergleich zu vergangenen Jahren zeigt das Budget 2012 in diversen Bereichen eine Verschiebung und Umverteilung der Einnahmen- und Ausgabenpositionen. Das Budget ist einerseits geprägt durch Mehrausgaben oder Mindereinnahmen, weist andererseits jedoch auch Mehreinnahmen auf. Die Mehreinnahmen und Minderausgaben, die hauptsächlich aus dem höheren Zuschuss aus dem neuen Ressourcenausgleich und den wegfallenden Spitalkosten bestehen, werden vollständig aufgebraucht durch Mehrausgaben im Sozialwesen und Schulbereich. Weiter führt der Beschluss des Regierungsrates, die kalte Progression auszugleichen, zu Mindereinnahmen. Die Staatsbeiträge sind zudem auf ein Minimum von 20 % gekürzt worden, was hauptsächlich bei den Lohnkostenanteilen an die Volksschullehrer ins Gewicht fällt.

ZU DEN ABTEILUNGEN:

Der Mehraufwand bei der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe und den Zusatzleistungen ist auf den Anstieg der Anzahl Fälle zurück zu führen, welcher bereits im 2011 begonnen hat.

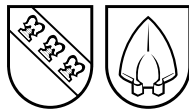
In der Abteilung Gesundheit kommt es zu einer Umverteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinde aufgrund des neuen Spitalplanungs- und finanzierungsgesetzes (SPFG), welches per 1. Januar 2012 in Kraft tritt. Während der Kanton neu für die Spitalkosten vollumfänglich aufkommt, müssen die Gemeinden im Gegenzug die Langzeitpflege alleine, ohne kantonale Beteiligung, finanzieren. Die Stadt spart dadurch Kosten von netto Fr. 700'000 ein.

Die Abteilung Hochbau weist bei den Liegenschaften Verwaltungsvermögen geringere Mietzinseinnahmen beim Alterszentrum Bruggwiesen aus.

Die Abteilung Schule muss höhere Kosten für die Sonderschulung, insbesondere für externe Schulungen, aufwenden. Massiv höhere Kosten sind bei den Lohnanteilen der Volksschullehrer zu verzeichnen. Dieser Kostenanstieg ist auf den neuen Finanzausgleich zurück zu führen. Die Staatsbeiträge werden auf ein Minimum von 20 % reduziert und damit auch die kantonale Beteiligung an die Löhne der Volksschullehrer.

In der Abteilung Finanzen können Mehrerträge erwartet werden. Durch den neuen Finanzausgleich erhält die Stadt im Vergleich zum Budget 2011 rund Fr. 6,7 Mio. mehr Zuschuss, welcher als Ressourcenausgleich, anstelle des ehemaligen Steuerkraftausgleichs, ausbezahlt wird. Auch kann eine moderate Steigerung bei den ordentlichen Steuern aufgrund von Neuzuzügern und einem allgemeinen Anstieg des steuerbaren Einkommens verzeichnet werden. Diese Mehreinnahmen werden durch den Ausgleich der kalten Progression in der Höhe von Fr. 1 Mio. gemindert. Ein Steuerprozent entspricht Fr. 315'000 (Vorjahr Fr. 313'000), weshalb bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 115 % rund Fr. 36,2 Mio. generiert werden können.

Die Investitionsrechnung sieht Nettoausgaben im Verwaltungsvermögen von knapp Fr. 28 Mio. vor. Die hohen Investitionskosten im aktuellen sowie in den vorangehenden Budgetjahren sind in den Investitionsplänen der Vorjahre jeweils angekündigt worden und fallen deshalb nicht unerwartet an. Die grössten Investitionen im 2012 stellen die Sanierung Trakt 1981 des Alterszentrums Bruggwiesen und der Umbau des Sportzentrums dar.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

Die Nettoinvestitionen ohne Spezialfinanzierungen belaufen sich auf Fr. 24,6 Mio. Sie können zu 24.8 % (entspricht Fr. 6,1 Mio.) aus selbst erarbeiteten Mitteln finanziert werden. Die restlichen 75.2 % müssen durch Liquiditätsreserven sowie durch Aufnahme von langfristigem Fremdkapital gedeckt werden.

Das Eigenkapital per 31. Dezember 2012 wird voraussichtlich Fr. 39 Mio. betragen.

BEURTEILUNG DES STADTRATES:

Auch für das kommende Jahr wurde straff budgetiert, und in der Laufenden Rechnung kann ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden. Massive Kostensteigerungen insbesondere in den Bereichen Soziales, Schule und Gesundheit (Pflegefiananzierung) können durch den Mehrertrag gemäss neuem Finanzausgleichsgesetz aufgefangen werden. Ohne diese Anpassung müsste entweder der Steuerfuss erhöht oder das Eigenkapital geschmälert werden.

Dank dieser Ausgangslage ist es möglich, den Steuerfuss weiterhin stabil zu halten und auf eine Erhöhung, wie sie frühere Finanzpläne vorsahen, zu verzichten. Damit kann eine wichtige Zielsetzung der städtischen Finanzpolitik (stabiler Steuerfuss über mehrere Jahre) weiterhin erreicht werden. Das Budget 2012 allein würde es erlauben, von den Reserven zu zehren, und einen durch eine Steuerfussenkung verursachten Verlust in Kauf zu nehmen. Die Prognosen des Cockpits sowie des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes 2013-17 weisen in diesen Jahren hohe Investitionen aus, welche zu einer massiven Erhöhung des Abschreibungsbedarfs führen und damit in den nächsten Jahren die Laufende Rechnung massiv belasten werden. Ein Verzicht auf eine Steuerfussenkung bewirkt eine Entlastung der zukünftigen Jahre und eine Reduktion der Verschuldung, welche immer noch in einem hohen Mass ansteigen wird.

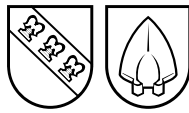
Der Stadtrat kann aufgrund dieser Situation einen Antrag auf Steuerfussenkung nicht verantworten, es sei denn, die Investitionsrechnung könne erheblich entlastet werden (Verzichtsplanung). Doch auch hier sieht der Stadtrat wenig Spielraum.

BEHANDLUNG IM RAT

Die Präsidentin gewährt einen Überblick über den Behandlungsverlaufs des vorliegenden Geschäftes.

IM ÜBERBLICK

- Eintretensdebatte, Eröffnung durch RPK-Präsident
- Voten zum Eintreten (RPK, Mitglied des Rates, Stadtrat) (Gesamtschau ohne Anträge oder Details)
- Abstimmung zum Eintreten
- Referat des RPK-Präsidenten, Erläuterung des Abschiedes
- Voten seitens RPK-Mitglieder, Ratsmitglieder
- Referat des Finanzvorstandes
- Detailberatung der Laufenden Rechnung, Institutionelle Gliederung (Hauptgruppen gemäss Übersicht auf Seite 6, Ressortweise, unter Nennung der jeweiligen Seitenzahlen) (Anträge gelangen sofort zur Abstimmung)
- Detailberatung der Investitionsrechnung, Institutionelle Gliederung (Anträge gelangen sofort zur Abstimmung)
- Beratung der Abschreibungstabelle
- Beratung der Verpflichtungskreditkontrolle
- Zwischenabstimmung zum Voranschlag (Ziffer 1)
- Diskussion zum Steuerfuss
- Zwischenabstimmung zum Steuerfuss (Ziffer 2)



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

- Diskussion zur Kenntnisnahme des IAFP
- Abstimmung zur Kenntnisnahme des IAFP (Ziffer 5)
- Schlussabstimmung zum bereinigten Voranschlag gemäss gesamten Dispositiv (Ziffern 1 – 6)

Die Ratspräsidentin stellt den Ablauf der anstehenden Diskussion vor. Gemäss Art. 33 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO, ist bei Vorlagen, welche mehrere Anträgen in sich schliessen, eine Eintretensdebatte zu führen. Hernach folgt der Beschluss, ob auf die Vorlage eingetreten wird.

Danach folgen die Erläuterungen des Sprechers der RPK, weitere Stimmen aus der RPK und aus dem Rat. Danach erhält der Finanzvorstand die Gelegenheit, sein Votum zu halten.

Im Anschluss folgt anhand der institutionellen Gliederung die Detailberatung der Laufenden- als auch der Investitionsrechnung.

Danach ergeht die Beratung der Abschreibungstabelle und der Verpflichtungskreditkontrolle. Als bald wird über die Genehmigung des Voranschlages abgestimmt. Danach folgt die Beratung des Steuerfusses.

Schlussendlich muss der IAFP zur Kenntnis genommen werden, bevor die Schlussabstimmung über die gesamte Vorlage folgt.

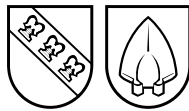
Die Ratspräsidentin bittet, Voten am Rednerpult zu halten und bei Wortmeldungen jeweils Seite und Konto-Nr. der jeweiligen Position im Voranschlag zu nennen. Anträge sind spätestens vor der Abstimmung schriftlich der Ratsleitung vorzulegen.

Der Auftakt zur Diskussion über Eintreten erfolgt durch den Sprecher der RPK. Es spricht *Kommissionspräsident, Gemeinderat Samuel Wüst, SP/JUSO*.

Die RPK prüfte den Voranschlag anlässlich mehrerer Sitzungen. Dabei hat sie festgestellt, dass der Stadtrat ein Budget vorlegt, welches die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Die RPK beantragt deshalb Eintreten auf die Vorlage.

Zum Eintreten werden seitens der weiteren Mitglieder der RPK keine Voten gewünscht. Aus dem Gesamtrat meldet sich *Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP*, für ein Votum.

Die SVP habe das vorliegend Budget des Jahres 2012 intensiv geprüft und attestiert dem Stadtrat und der Verwaltung eine sorgfältige Erarbeitung des Voranschlages. Allerdings seien verschiedentliche Positionen etwas gar grosszügig dotiert, wenn man sie mit dem Rechnungsabschluss 2010 vergleiche. Zum Teil kratzen die Schwellwerte arg an der Kompetenzgrenze des Stadtrates. Die SVP-Fraktion wolle deshalb im Verlauf der folgenden Detailberatung zu einzelnen Posten verschiedene Anträge formulieren. Die SVP-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Kontinuität der Höhe des Steuerfusses gewährleistet ist und nimmt im Übrigen von dieser erfreulichen Entwicklung Kenntnis. Die SVP votiert deshalb, auf dieses Geschäft einzutreten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

ABSTIMMUNG ÜBER EINTRETEN

Der Grosse Gemeinderat beschliesst einstimmig, auf diese Vorlage einzutreten.

Präsident der RPK, Gemeinderat Samuel Wüst, SP/JUSO, stellt die wichtigsten Erkenntnisse, welche die RPK aus der Vorberatung gewonnen hat, vor und erörtert diese anhand einer visuellen Projektion.

„Die vorberatende Kommission habe den Voranschlag an mehreren Sitzungen behandelt. Wo Fragen auftauchten, wurden diese mit den entsprechenden Ressortvorstehenden besprochen. Aufgrund der vorgelegten Antworten konnte der Abschied zur einstimmigen Gutheissung gefasst werden.

Die RPK habe auf 16 Seiten die entsprechenden Antworten gesammelt und zusammengefasst. Die Fragen thematisierten die Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK), die geplanten Instandsetzungen des Stadthauses, das Abfallwesen und andere Themenfelder.

Für nächstes Jahr belaufe sich der Aufwand auf rund 100 Mio. Franken. Dies sei etwas höher als der Ertrag, welcher um 55'950 Franken geringer zu Buche schlage.

Die Vorfinanzierung des Sportzentrums wurde durch die Entnahme von 2,5 Mio. Franken reduziert und betrage danach noch 2,5 Mio. Franken.

Der Steuerfuss sei mit 115 % veranschlagt worden. Auf der Einnahmeseite würde sich nächstes Jahr verschiedenes ändern. Das Nettoergebnis der Abteilung Finanzen sei wesentlich höher geplant als dieses Jahr. Dies dank dem Ressourcenausgleich von 16,1 Mio. Franken und aufgrund von Neuzuzügern und einem allgemeinen Anstieg des steuerbaren Einkommens. Mindereinnahmen von 1 Mio. Franken ergeben sich durch den Ausgleich der kalten Progression.

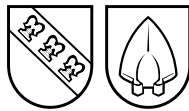
Der Neue Finanzausgleich tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Der Steuerkraftausgleich wird durch verschiedene Instrumente abgelöst. Die Stadt Illnau-Effretikon erhalte via Ressourcenausgleich Gelder. Der Ausgleich werde im Sommer für das Folgejahr berechnet, wodurch im Voranschlag bereits der korrekte Betrag eingestellt werden konnte. Mit weiteren Ausgleichszahlungen für die Stadt Illnau-Effretikon sei nicht zu rechnen. Mit dem demografischen Ausgleich werden Gemeinden mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 19 Jahren unterstützt. Die Stadt Illnau-Effretikon resultiere in jenem Bereich mit 19.6 %. Für eine Anspruchsberechtigung seien aber 23.1 % in dieser Altersgruppe notwendig. Weder geografisch noch topografische Aspekte würden für einen entsprechenden Ausgleich sorgen.

Der Ressourcenausgleich berechnet sich aus der Steuerkraftdifferenz von 95 % des kant. Mittel der städtischen Steuerkraft multipliziert mit dem kommunalen Steuerfuss.

Neu besteht keine Pflicht mehr für einen Mindeststeuerfuss, wie es noch bei dem Steuerkraftausgleich notwendig war.

AUSGABEN

Das Ressort Schule rechne mit stark ansteigenden Kosten. Unter anderem auch deshalb, da der neue Finanzausgleich geringere Staatsbeiträge für die Volksschullehrkräfte vorsehe. Ausserdem seien auch höhere Kosten für die Sonderschulung zu erwarten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

Das Ressort Soziales werde sich aufgrund der aktuellen Zahlen mit einem höheren Aufwand bei der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe und den Zusatzleistungen konfrontiert sehen. Hier sei der Stellenabbau in verschiedenen Firmen zu spüren.

Markant tiefer sei das Nettoergebnis in der Abteilung Gesundheit. Hier käme es zu einer Umverteilung der Kosten zwischen dem Kanton und den Gemeinden aufgrund des neuen Spitalplanungs- und finanzierungsgesetzes (SPFG), das am 1. Januar 2012 in Kraft trete. Neu übernehme der Kanton vollumfänglich die Spitalkosten, während die Gemeinden im Gegenzug die Kosten der Langzeitpflege alleine tragen. Die Stadt Illnau-Effretikon spare dadurch theoretisch Fr. 700'000.- ein. Wie es wirklich sein werde, sei in anderthalb Jahren bei der Behandlung der Jahresrechnung 2012 ersichtlich. Aus Sicht der RPK seien die vom Stadtrat getroffenen Annahmen sinnvoll.

In der Abteilung Hochbau sei der Mietzins des Alterszentrums Bruggwiesen mit Fr. 1,0 Mio. budgetiert. Hierzu gelte es zu bemerken, dass voraussichtlich erst ab 2014 mit dem vollen Mietzins gerechnet werden könne, sodass diese Zahl etwas optimistisch erscheine.

Nicht erfreulich sei die notwendige Sanierung der Beamtenversicherungskasse. Es werden Kosten auf das Personal und die Stadt zukommen. Für die Stadt werden wohl Aufwendungen in der Höhe von voraussichtlich 3 Mio. Franken, aufgeteilt auf die nächsten 6 Jahre, anstehen. Das sei keine erfreuliche Tatsache. Samuel Wüst bedauert Fehler, die aufgrund eines Fehlverhaltens von einem gewissen Segment von Staatsangestellten in der BVK entstanden sind. Das unbeteiligte Stadtpersonal muss jetzt dafür büssen, obwohl auf städtischer Ebene niemandem ein Fehlverhalten zugewiesen werden könne.

INVESTITIONEN

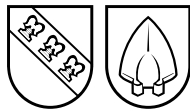
Die Investitionen seien vor allem für das Sportzentrum, das Alterszentrum und die weiteren Infrastrukturbauten geplant. Weit mehr als die Hälfte der Ausgaben seien bereits bewilligt oder von gebundener Natur. Für die weiteren Investitionen werden dem Gemeinderat nächstes Jahr noch verschiedene Anträge unterbreitet.

Stirnrunzeln haben in der RPK die ziemlich hohen Investitionen, die für das Stadthaus geplant seien, ausgelöst. So alt sei doch dieses Gebäude eigentlich gar noch nicht. Wie sich nun herausstelle, seien die Arbeiten jedoch leider notwendig, damit keine Folgeschäden entstünden. Schon seinerzeit bei der Abrechnung wurde erkannt, dass verschiedentliche Dinge falsch gelaufen seien. Wäre wohl von Anfang an richtig gearbeitet worden, wären diese Kosten nun gar nicht entstanden.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat, dass das Konto 520.5014.04 „Offenlegung Eselrietgraben im Bereich Bad“ gestrichen werde, da es zum Konto 950.5031.08 „Überdachung/Eishalle Sportzentrum“ gehöre und der entsprechende Betrag dort bereits enthalten sein sollte. Es sei sowohl in der Investitionsrechnung (Seite 62) wie auch in der Verpflichtungskredit-Kontrolle (Seite 78) zu entfernen. Die Begründung liege darin, dass das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) die Baubewilligung für die Eishalle nur erteile, wenn der Eselrietgraben offengelegt werde. Dies hätte aus der Sicht der Rechnungsprüfungskommission bereits bei der Planung festgestellt und entsprechend berücksichtigt werden müssen. Die RPK ist der Ansicht, dass die Auflage des AWELs erfüllt werden sollten oder dass eine rasche Einigung erzielt werde. Auf jeden Fall sei kein zusätzlicher Betrag zu bewilligen.

STEUERFUSS

Für den Steuerfuss im Jahr 2012 empfiehlt die Rechnungsprüfungskommission, dem stadträtlichen Antrag mit 115 % zu folgen. Das Beibehalten ist mit den unerwarteten guten Rechnungsabschlüssen der vergangenen Jahre realistisch begründet, sodass von einer ursprünglich geplanten Steuerfusserhöhung trotz hoher kurzfris-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

tiger Investitionen abgesehen werden kann, was die Rechnungsprüfungskommission sehr begrüsst. Eine Steuerfussenkung ist angesichts der hohen Investitionen und der ansteigenden Verschuldung aus der Sicht der Rechnungsprüfungskommission nicht angezeigt. Ein Steuerfussprozent beträgt aktuell Fr. 315'000.-.

IAFP 2012-2016

Aus dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2013 - 2017 kann entnommen werden, dass die grösseren Investitionen bis 2017 andauern. Dies vor allem bedingt durch die Schulprojekte Hagen und Watt. Danach könnten wieder ruhigere Zeiten folgen und die langfristigen Schulden gesenkt werden; ausser es käme wie beim Projekt Hagen zu einem weiteren grossen Brocken, welcher heute noch nicht richtig bekannt sei.

Sollten alle bekannten Investitionen termingerecht erfolgen, dann würden die langfristigen Schulden gegen 100 Mio. Franken ansteigen. Es sei jedoch davon auszugehen, dass eher das 70%-Szenario eintreffen wird und die Verschuldung geringer ausfällt. Es sei zu beachten, dass verschiedenen Annahmen im IAFP durch das städtische Gebaren nicht beeinflusst werden können und die Stadt auch in Zukunft proaktiv agieren sollte. Der IAFP werde von der RPK zur Kenntnis genommen.

FAZIT

Als Fazit zum Voranschlag und den weiteren Unterlagen kann festgehalten werden, dass die Stadt die laufende Rechnung im Griff habe und in den nächsten Jahren die notwendigen Investitionen getätigt werden können; wie immer mit der notwendigen Weitsicht.

DANK

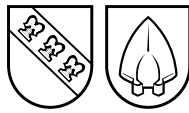
Die RPK dankt der Verwaltung und dem Stadtrat für die guten und ausführlichen Unterlagen.

Nach entsprechender Rückfrage durch die Präsidentin ergeben sich aus den Reihen der RPK keine weiteren Voten.

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP/GLP, ist es ein Anliegen, eine Anmerkung zur gegenwärtig prekären Sanierung der BVK an den Rat zu richten. Im vorliegenden Budget seien Fr. 360'000.- für die Sanierung der BVK eingestellt.

Die federführenden Personen, welche die Aufsicht über diese Institution ausüb(t)en, seien u.a. die Magistraten und Magistratinnen, die Herren und Damen Regierungsräte des Kantons Zürich, gewesen. Mehrheitlich Personen der bürgerlichen Parteien wie Erich Honegger, FDP, Christian Huber, SVP, und Ursula Gut, FDP, – wobei Gut wahrscheinlich am wenigsten dazu beigetragen hat – hätten zu verantworten, weshalb es der Pensionskasse des Staatspersonals heute nicht gut gehe.

Hans Zimmermann stellt einen Vergleich mit der Stadt Zürich an. Diese verfüge über eine hervorragende Personalvorsorgekasse mit einer überdurchschnittlichen Deckung. Pikant daran sei, dass die Stadt Zürich bekanntlich seit Jahren links/grün regiert werde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

Gemeinderat Zimmermann werde keinen Streichungsantrag stellen. Er möchte nicht die Leidtragenden, nämlich die Angestellten des Kantons Zürich und die Angestellten der an die BVK angeschlossenen Gemeinden, bestrafen. Dennoch müssten total etwa Fr. 5 Mia. für die Sanierung aufgewendet werden. Das entspricht fünftausend Millionen und sei gleichauf mit dem aktuellen VBS-Budget inkl. dem jüngstdiskutierten Fliegerkauf.

Es sei wichtig festzuhalten, dass nicht die Linken und die Netten ein Verschulden treffe, sondern die „hochkarätigen“ Finanzexperten der rechtsbürgerlichen Politiker.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, und 2. Vizepräsident, wünscht Klärung über die Frage, ob das entsprechende Planungsbüro in die Pflicht genommen werden könne, da diesem offensichtliche Versäumnisse bezüglich Offenlegung des Eselrietgrabens angelastet werden können. Er fragt den Stadtrat an, ob er bereits diesbezügliche Abklärungen getroffen hat. Falls nicht, erkundigt sich Gemeinde Gehri, was der Stadtrat in dieser Sache zu tun gedenke.

Ratspräsidentin Hildebrand verweist auf die folgende Detailberatung, wo u.a. auch sicherlich diese Frage eine Beantwortung finden werde.

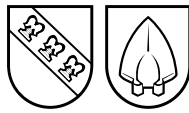
Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, als zuständiger Ressortvorsteher zu diesem Geschäft, gewährt einen Überblick über die Stadtfinanzen und zum vorliegenden Budget. Er stützt sich dabei auch auf Details ab, die der Vorredner, Präsident der RPK, Samuel Wüst, bereits genannt hat. Zur weiteren Illustration wird auf die zum Einsatz gelangte Powerpoint-Präsentation verwiesen, die sich im Anhang zu diesem Protokoll findet. Ebenso sind die grundlegenden Ausführungen der stadträtlichen Weisung zu entnehmen.

Die Präsidentin schreitet nun zur abschnitts- und seitenweisen Detailberatung anhand der institutionellen Gliederung der Laufenden Rechnung und gewährt einen Überblick über das weitere Vorgehen und zur Reihenfolge der nötigen Abstimmungen. Ferner werden die Ratsmitglieder instruiert, ihre Anträge beim Rednerpult vorzutragen, in dem sie Seitenzahl und die entsprechende Nummer des fraglichen Kontos erwähnen. Abänderungsanträge sind der Sitzungsleitung mindestens vor der Abstimmung schriftlich vorzulegen.

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP, zeigt sich mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. In den vergangenen 15 Jahren hätten Anträge im Rahmen der Budgetdebatten nie schriftlich vorgelegt werden müssen.

Die Präsidentin verweist auf Art. 40 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung der da lautet: „Die Anträge (Abänderungs-, Zusatz- oder Streichungsanträge) sind von den Antragstellenden mündlich vorzubringen und dem Präsidium wenn möglich vor, spätestens aber unmittelbar im Anschluss an die Begründung schriftlich einzureichen“.

Im Sinne einer einvernehmlichen Lösung bietet die Präsidentin Hand zur unbürokratischen Abwicklung, wonach Anträge einfacheren Inhaltes auch mündlich entgegen genommen würden. Komplexere Inhalte wären aber schriftlich abzugeben.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

RESSORT SICHERHEIT ——— *Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP*, stellt eine Frage zu Seite 47,
Konto Nr. 816.3114.00; Feuerwehr, Anschaffung
Maschinen/Fahrzeuge/Mobilien

Unter dieser Position sei ein neues Kommandofahrzeug veranschlagt. Es falle auf, dass an dieser Stelle alljährlich eine kontinuierliche Steigerung der Budgetposition bzw. auch in der Rechnung erfolge. Umfassende Investitionen sollten über Jahre verteilt bzw. „gestreckt“ werden und nicht en-bloc gestellt werden.

—————
Die Ratspräsidentin versichert sich beim Votanten, wonach es sich hierbei um eine Feststellung und nicht um einen Antrag handle. Gemeinderat Wespi bestätigt dies.

RESSORT SICHERHEIT ——— *Gemeinderat Reto Unterholzner, SVP*, stellt eine Frage zu Seite 46,
Konto Nr. 812.4370.00; Polizeibussen

Die Stadtpolizei verfüge über ein neues Radargerät, welches sich angeblich über eine verbesserte Effizienz auszeichne. Es sei deshalb vermessen und kein Grund, Bussen in der veranschlagten Höhe einzutreiben. Das Polizeikorps beklage sich, ständig unter Druck zu stehen, „Stress und keine Zeit“ zu haben. Statt Bussen einzutreiben, möge die Stadtpolizei sich doch vermehrt dem Patrouillendienst widmen. Da das Gerät ja effizienter arbeite, soll diese Produktivitätssteigerung nicht verpufft werden.

ANTRAG

Gemeinderat Reto Unterholzner beantragt aufgrund seiner Ausführungen den Budgetposten um Fr. 100'000.- zu kürzen, sodass dieser mit Fr. 250'000.- im Voranschlag geführt wird.

—————
Stadträtin Salome Wyss, Ressort Sicherheit, SP, verweist auf ähnliche Diskussionen in den Vorjahren. Solche Anträge gipfeln alle Jahre erneut in der Budgetdebatte des Grossen Gemeinderates.

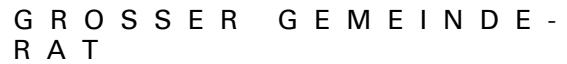
Im Grunde sei doch gerade dieser Vorschlag die Versinnbildlichung von jenem Zustand, gegen den die SVP ankämpfe. Nämlich, dass nicht über das Instrument des Voranschlages an den Erträgen herumgeschraubt werde.

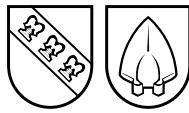
Die Stadtpolizei setze in eigener Kompetenz die Zahl der Kontrollen, die im Sinne der Verkehrssicherheit sinnvoll sind, fest. Da gäbe es halt einmal mehr, dann wieder weniger.

Die Höhe der Erträge wurde lediglich der Realität angepasst, und nicht so angesetzt, dass die Kasse gefüllt wird, wie man dies beispielsweise aus der Stadt Zürich kenne.

ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG GEMEINDERAT UNTERHOLZNER

Der Antrag auf Reduktion der Budgetposition 812.4370.00 Polizeibussen, um Fr. 100'000.- (von Fr. 350'000.- auf 250'000.-) wird mit 10 : 17 Stimmen abgelehnt.





AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

trakt oder der Umgebung). Man solle die Kostenstelle bei den Gewässern belassen, damit diese später sauber ausdividiert werden können.

Gemeinderat André Büecheler, SVP, 1. Vizepräsident, erkundigt sich, ob man den Graben auch offenlegen hätte müssen, wenn das Sportzentrum Eselriet nicht saniert bzw. umgebaut worden wäre.

Stadtrat André Bättig, FDP, verneint dies.

Gemeinderat André Büecheler, SVP, erinnert an das Instrument des Nachtragskredites, welches formell sicherlich auch zum Einsatz hätte gelangen können.

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP, stört sich am verwendeten Begriff der gebundenen Ausgabe. Es handle sich vielmehr um eine Mischung aus Objektkredit und gebundener Ausgabe. Wären die Abklärungen profund und genau vorgenommen worden, hätte man den ganzen Posten in den Objektkredit einfliessen lassen können. Der stadträtliche Vorschlag gemäss Budget soll somit abgelehnt werden. Dies impliziere auch dem A-WEL, dass das Parlament an einer Offenlegung nicht interessiert sei. Sollte danach keine andere Lösung mehr möglich sein, möge der Stadtrat auf ordentlichem Wege beim Grossen Gemeinderat einen Nachtragskredit beantragen.

Die Gemeinderatspräsidentin Ruth Hildebrand, FDP, stellt fest, dass sich die Voten zu diesem Punkt allmählich erschöpfen und schreitet zur Abstimmung zum Antrag der RPK, welcher die Streichung dieses Kontos vorsieht.

ABSTIMMUNG ANTRAG GEMEINDERAT WÜST / RPK

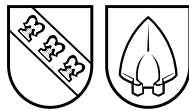
Die Streichung der Position 520.5014.04, Offenlegung Eselrietgraben Bereich Badi, wird mit 28 : 1 Stimmen angenommen.

RESSORT JUGEND & SPORT

Gruppe Nr.
66, vor.

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP, bringt eine Anmerkung zur Kontogruppe 950 Schwimmbad- und Kunsteisbahn, Konto-Nr. 950.5060.02; Ersatz Elektro-Hauptverteilung, Seite

Die Sache berechtige nicht zu einem neuen, separaten Kredit. Der Ersatz dieser Einrichtungen gehört in den Objektkredit des Schwimmbades und der Kunsteisbahn. Die Position müsste dann folgenderweise auch auf Seite 87 bei der Kontrolle der Verpflichtungskredite gestrichen werden. Gemeinderat Wespi hat im Grunde nichts gegen den Ersatz dieser Elektro-Hauptverteilungs-Apparaturen, jedoch sei dies buchhalterisch falsch angesiedelt. Es könne nicht Sinn der Sache sein, bei auftretenden Problemen jedes Mal ein neues Kreditkonto zu eröffnen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

ANTRAG GEMEINDERAT WESPI

Die Position 950.5060.02; Ersatz Elektro-Hauptverteilung, ist zu streichen. Die Folgeänderungen ergeben sich aus dem logischen Zusammenhang.

Es äussert sich der *Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Samuel Wüst, SP*:

Auch die RPK habe dieses Konto geprüft. Es handle sich hierbei um einen etwa 40-jährigen Hauptverteiler. Für die Gerätschaften bestehen keine Ersatzteile mehr. Somit wird das Stromgerät 1 : 1 ersetzt. Sodann sei es korrekt, die Sache auf den neusten Stand der Technik zu bringen.

Gemeinderat Andy Buecheler, SVP, fragt auch hier nach der Dringlichkeit bzw. hätte der Verteiler auch gewechselt werden müssen, wenn das Sportzentrum nicht saniert bzw. umgebaut worden wäre?

Stadtrat André Bättig, FDP, bestätigt, dass die Apparatur 40 Jahre alt ist. Der Stromverteiler speise auch das benachbarte Schulhaus Eselriet, das Schwimmbad und die Eislauf-Anlage. Man habe lange um das Thema gerungen. Allerdings sei zu bedenken, dass die gesamte Stromversorgung zusammenbreche, sobald der Verteiler am Ende seiner Lebensdauer angelangt ist. Es werde ein separater Kredit beantragt, da die Hälfte der Stromverteilung an das Schulhaus abgegeben werde und die andere Hälfte das Sportzentrum betreffe. Ob man die mehrfache Nutzung in den reinen Objektkredit für das Sportzentrum hätte einbinden sollen/können, sei schwer zu beantworten bzw. rechtfertigen.

Bei der Ausarbeitung der Anträge zum Sportzentrum sei der Detaillierungsgrad noch nicht bekannt gewesen.

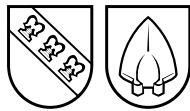
ABSTIMMUNG ANTRAG GEMEINDERAT WESPI

Der Antrag zur Streichung von Position 950.5060.02; Ersatz Elektro-Hauptverteilung, wird mit 14 : 17 Stimmen abgelehnt.

Im Ablauf wird nun zur Beratung der Abschreibungstabelle fortgeschritten. Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen aus den Reihen des Rates.

Hernach folgt die Beratung der Verpflichtungskreditkontrolle.

Gemeinderat Reto Unterholzner, SVP, beantragt für folgende drei Kredite die Umwandlung in eine S-Position (d.h. eine durch den Stadtrat geplante gebundene Ausgabe über der stadträtlichen Kompetenz von Fr. 200'000.- würde von der gebundenen Ausgabe entkoppelt und in die Kompetenz des Grossen Gemeinderates überführt):



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

- 420.5031.15; Stadthaus Sanierung Saalfoyer und Office;
Zusatzkredit von Fr. 150'000.- zum bestehenden Kredit von Fr. 100'000.- auf gesamthaft Fr. 250'000.-.
- 420.5031.18; Stadthaus diverse Büroumbauten, Fr. 200'000.-
- 420.5031.22; Stadthaus Umbau EG, Fr. 450'000.-

Für Gemeinderat Reto Unterholzner, SVP, sind diese horrenden Zahlen unverständlich. Alljährlich würden im Stadthaus Büroräumlichkeiten umgebaut werden, ohne, dass ein Konzept oder eine hinreichende Begründung abgegeben werde. Ebenso stellen sich Fragen nach den Gründen für die geplanten Umbauten im Saalfoyer und im Erdgeschoss. Unterholzner fragt nach den detaillierten Erklärungen, vor allem in Betracht der Tatsache, dass das Stadthaus erst 15 Jahre zählt.

Stadtrat Ressort Hochbau, Reinhard Fürst, SVP, nimmt Stellung zu den aufgeworfenen Fragen. Der Umbau des Erdgeschosses ergebe sich vor allem durch Mängel, welche die Feuerpolizei bei ihrer letzten Inspektion festgestellt habe. So entspreche der Verlauf der Fluchtwege nicht mehr den heutigen gesetzlichen Anforderungen. Weiter bestünden akute Platzmängel im Arbeitsbereich des Hausdienstes und des Stadtweibels (Postbearbeitung, Arbeitsplatz Stadtweibel, Arbeitsplatz Hausmeister, Arbeitsplatz Lernender). Ein Etagenniveau darunter stelle man diverse undichte Stellen fest, welche zum Feuchtigkeitseinlass in der Tiefgarage führen. Damit das Gebäude nicht noch weiteren Schaden nehme, seien jetzt die entsprechenden Massnahmen zur Beseitigung dieser widrigen Umstände angebracht. Das Saalfoyer kämpfe ebenfalls mit Wassereintrich sowie diversen Rissen in den Wänden. Da diese Örtlichkeiten auch zu Repräsentationszwecken dienen, muss auch dem zu erfüllenden Mietvertrag mit den Saalpächtern Rechnung getragen werden. Die geplanten Arbeiten dulden sodann keinen weiteren Aufschub.

Stadtrat Reinhard Fürst bittet, dem Antrag von Reto Unterholzner nicht zu folgen.

Auf den entsprechenden Hinweis von *Gemeinderat Andy Büecheler, SVP*, wird durch die *Leiterin Abteilung Finanzen, Nicole Kauflin*, bestätigt, dass es sich insbesondere bei der Position 420.5031.15, Stadthaus Sanierung Saalfoyer und Office, um eine bereits bewilligte Aufstockung des ursprünglichen Kredites handelt.

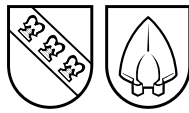
ABSTIMMUNG ZU DEN ANTRÄGEN GEMEINDERAT UNTERHOLZNER

Die einzelnen, in der Zahl drei, Positionen zur Umwandlung in einen S-Kredit gelangen separat zur Abstimmung.

Umwandlung der Position 420.5031.15; Stadthaus Sanierung Saalfoyer und Office in einen S-Kredit:
11 : 16 Stimmen. Antrag abgelehnt.

Umwandlung der Position 420.5031.18; Stadthaus diverse Büroumbauten in einen S-Kredit:
11 : 16 Stimmen. Antrag abgelehnt.

Umwandlung der Position 420.5031.22; Stadthaus Umbau EG in einen S-Kredit:
12 : 16 Stimmen. Antrag abgelehnt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

Ratspräsidentin Hildebrand lässt über Position 520.5014.04; Offenlegung Eselrietgraben im Bereich Badi, der Verpflichtungskreditkontrolle ebenfalls noch abstimmen, obschon diese Streichung automatisch mit der in der Beratung der Investitionsrechnung erfolgten Streichung einhergeht.

Die Abstimmung erfolgt somit pro forma zur Bestätigung, ohne dass sie nötig wäre.

ABSTIMMUNG STREICHUNG POSITION 520.5014.04 VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

Die Position wird mit grossmehrheitlicher Zustimmung gestrichen (logische Folge).

Keine weiteren Wortmeldungen.

ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM BEREINIGTEN VORANSCHLAG

Der bereinigte Voranschlag wird einstimmig angenommen.

Von der RPK folgt anlässlich der Diskussion zum Steuerfuss kein Bedarf zu Wortmeldungen.

Seitens des Rates freut sich *Hansruedi Wespi, SVP*, sehr über die Aussage des RPK-Präsidenten, wonach dieser sich eine Senkung des Steuerfusses vorstellen könne. Er hofft, dass der Ratssekretär diese Feststellung auch protokolliert habe, damit zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurückgreifen kann.

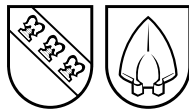
ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM STEUERFUSS

Der Steuerfuss wird einstimmig gemäss Dispositiv Ziffer 3 des stadträtlichen Antrages auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Zur Kenntnisnahme des Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP 2013/17 ergibt sich mangels Voten keine Diskussion. Die Präsidentin schreitet zur Abstimmung.

ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES IAFP 2013/17

Der IAFP wird einstimmig zur Kenntnis genommen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Dezember 2011

SCHLUSSABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Position 520.5014.04 der Investitionsrechnung „Offenlegung Eselrietgraben, Sportzentrum“ des stadträtlichen Antrages wird abgelehnt und somit aus dem Voranschlag gestrichen.
2. Der bereinigte Voranschlag 2012 über die Aufwendungen und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird sodann wie folgt genehmigt:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	100'080'850
	Ertrag	Fr.	100'039'900
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	32'897'000
	Einnahmen	Fr.	4'790'500
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	100'000
	Einnahmen	Fr.	0
3. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2012 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 40'950 wird dem Eigenkapital entnommen.
5. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.
6. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013/17 wird Kenntnis genommen.
7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a) den Stadtrat, zweifach,
 - b) die Abteilung Finanzen, dreifach,
 - c) sämtliche Ressortvorstände des Stadtrates,
 - d) sämtliche Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung.

Beschluss gemäss Ziffer 1 erfolgte mit 28 : 1 Stimmen,
die Beschlussfassung zu den Ziffern 2-7 erfolgte einstimmig.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 16.12.2011

ms